

Thomas Widera

Kontinuität und Umbruch. Reorganisation und Entnazifizierung in Dresden unter sowjetischer Besatzungsherrschaft*

Während der Bezwingung des Nationalsozialismus und der Nationalsozialisten, die ihre Niederlage am Anfang jenes "Epochenjahren"¹ 1945 kaum aufhalten, schon gar nicht aber abwenden konnten, bereiteten die Siegermächte Großbritannien, USA und Sowjetunion die Besatzungsherrschaft in Deutschland vor. Ihnen gelang es, ihre gegensätzlichen politischen Ziele so erfolgreich in den Hintergrund zu stellen, dass weniger Misstrauen und Uneinigkeit, sondern Einvernehmen das Bild am Beginn der Besatzungszeit prägten.

Die Mitteilung der Berliner Konferenz der Drei Mächte in Potsdam verstellte lange Zeit den Blick darauf, dass die weit zurückreichenden Kontroversen über ein demokratisches Polen am Anfang eines Prozesses gestanden hatten, der auf die deutsche Teilung hinführte, ehe sie zur absehbaren Tatsache wurde. Stalin hatte in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges Ostmittel- und Südosteuropa in seinen Einflussbereich einbezogen und dort totalitäre Regime errichtet, die dem Demokratieverständnis der Westmächte zuwiderliefen. Als am 5. März 1946 Winston Churchill in Fulton öffentlich vom "Eisernen Vorhang" sprach, im folgenden Jahr flankiert von der Eindämmungsstrategie des amerikanischen Präsidenten Truman,² ließ sich die tiefe Kluft zwischen dem sowjetischen und dem westlichen Besatzungsgebiet nicht länger übersehen. Doch selbst dann noch, als die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) den Alliierten Kontrollrat verließ, konnte sie Menschen täuschen mit dem verbalen Bekenntnis zur bürgerlich-demokratischen Ordnung. Unter der Camouflage einer "Volksdemokratie" schuf sie in den von ihr besetzten Territorien die Voraussetzungen für die kommunistische Diktaturdurchsetzung.³

Wenn ich Umbrüche und Kontinuitäten 1945 fokussiere, werde ich nur knappe Schlaglichter auf die Reorganisation des öffentlichen Lebens, der Behörden und auf die Entnazifizierung werfen können.⁴ Die Situation in Dresden war sehr komplex und unterschied sich in vielfacher Hinsicht von der in anderen Städten im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und von der der Bevölkerung auf dem Land. Dennoch strukturierten überall die

* Der Beitrag entstand auf der Grundlage meines Aufsatzes: Umbruchszeit. Dresden in der Endphase des Nationalsozialismus und am Beginn der sowjetischen Besatzungsherrschaft. In: *Einsicht 14. Bulletin des Fritz Bauer Instituts*, 7 (2015), S. 32-39.

¹ Vgl. Henke, Klaus-Dietmar: Die Trennung vom Westen. Der Zusammenbruch der Anti-Hitler-Allianz und die Weichenstellung für die kommunistische Diktaturdurchsetzung in Ostdeutschland. In: Behring, Rainer; Schmeitzner, Mike (Hg.): *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945-1952*. Köln 2003, S. 413-458.

² Vgl. Stöver, Bernd: *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991*. München 2007, S. 69.

³ Vgl. Behring, Schmeitzner, *Diktaturdurchsetzung in Sachsen*.

⁴ Quellen- und Literaturverweise zu den historischen Ereignissen in Widera, Thomas: *Dresden 1945-1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft*. Göttingen 2004.

Konfliktfelder Kriegsschäden und Kriegsfolgen, Wiederaufbau, Gewalt gegen die Bevölkerung und erste Schritte der Trennung vom Nationalsozialismus die Gesellschaft.⁵

1. Die Methoden der sowjetischen Besatzungsherrschaft

Dresden war die erste Großstadt in der SBZ, wo deutsche Kommunisten unter der Hegemonie sowjetischer Offiziere die politischen Weichen stellten für die Errichtung einer Gesellschaftsordnung, die sich am sowjetischen Modell orientierte. Offiziell verfolgte die SMAD die mit den Alliierten auf der Konferenz von Jalta vereinbarten Ziele. Sie werde den "Faschismus" ausrotten und Demokratie sowie bürgerliche Freiheiten festigen. Diametral unterschieden sich die sowjetischen Besatzungsziele und vor allem die Methoden der Besatzungsherrschaft von denen der westlichen Alliierten. Eine davon bestand im Einsatz ausgewählter deutscher Kommunisten. Diese kamen in mehreren Gruppen aus dem sowjetischen Exil zurück, nach Dresden die Gruppe "Ackermann". Sie organisierten im sowjetischen Auftrag den Aufbau von Verwaltungen und das öffentliche Leben.⁶ Die weitreichenden Kompetenzen kommunistischer Führungskader, die auf diese Weise die eigene Herrschaftsbasis errichteten, gehörte neben dem Terror der Besatzungsmacht zu den zentralen Unterschieden zwischen der SBZ und den westlichen Besatzungszonen. Dabei handelten die Kommunisten nicht autonom. Rahmen und Grundlage der Neuordnung gaben ihnen sowjetische Instruktionen vor.⁷

Anfänglich konkurrierten die sowjetischen Militärbefehlshaber mit den Bevollmächtigten des Volkskommissariats des Inneren (NKWD) um die Machtausübung im Besatzungsgebiet. Erst nach einer Einigung am 16. Mai wurden die Anweisungen zum einheitlichen Aufbau der deutschen Verwaltungs-, Polizei- und Justizorgane erteilt.⁸ Diese zeitliche Verzögerung erklärt viele Handlungsspielräume deutscher Kommunisten und die anfängliche Unklarheit bei der Bildung deutscher Behörden. Andererseits hatte die sowjetische Geheimpolizei beim Aufbau große Vollmachten und konnte, ehe schließlich die SMAD Mitte August 1945 ihre Grundsätze für die Umgestaltung der SBZ formulierte, durch die gewaltsame Ausschaltung widerstrebender politischer Kräfte wichtige Veränderungen präjudizieren.⁹

⁵ Vgl. Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Francesca Weil (Hg.): Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943-1949. Dresden 2016.

⁶ Thüsing, Andreas: Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945-1952. Frankfurt a.M. 2000, S. 34-39.

⁷ Vgl. Wettig, Gerhard (Hg.): Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Göttingen 2012.

⁸ Petrow, Nikita W.: Die sowjetische Besatzungsverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands. In: Foitzik, Jan (Hg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltungen in der SBZ und frühen DDR. Dokumente. Berlin 2015, S. 33-97, hier 35-39.

⁹ Foitzik, Jan: Einleitung. In: Foitzik, Jan (Hg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente. München 2012, S. 5-154, hier 50 ff.

Neben den Kommandanturen und Dienststellen der Roten Armee überzogen NKWD und sowjetische Staatssicherheit Dresden mit einem Netz von abgeschirmten Haftorten in beschlagnahmten Grundstücken, öffentlichen Gebäuden und militärischen Liegenschaften. Kaum einer wusste, was hinter den Mauern der manifesten Gewalt geschah. Unwissenheit verstärkte die Furcht. Die in der Haftanstalt am Münchner Platz und im gleichermaßen genutzten "Heidehof" an der Bautzner Straße tagenden Militärtribunale verurteilten unterschiedslos nationalsozialistische Täter, sozialdemokratische und sonstige Oppositionelle sowie zahlreiche andere Unschuldige.¹⁰

Verminderte Schriftlichkeit und mangelnde Abgrenzung der Befugnisse bildeten weitere Prinzipien sowjetischer Besatzungsherrschaft. Die mündliche Weitergabe von Befehlen verhinderte Einblicke der deutschen Instanzen in den originalen Wortlaut. Diese Unkenntnis leistete den selbstherrlichen Tendenzen örtlicher Kommandanten Vorschub.¹¹

2. Aufbau der Verwaltung und Beginn der Entnazifizierung

Das Vorgehen beim Aufbau der Stadtverwaltung in Dresden glich dem der Gruppe um Walter Ulbricht in Berlin: Die beiden Exilkommunisten Hermann Matern und Kurt Fischer errichteten im Personalamt die erste Schaltstelle für die kommunistische Machtübernahme. Nach einem Überblick über die vor Ort befindlichen Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlichen Antifaschisten unterbreiteten sie ihre Personalvorschläge dem Stadtkommandanten. Jener ernannte Rudolf Friedrichs zum Oberbürgermeister in Dresden, einen Verwaltungsfachmann und früheren Sozialdemokraten. Fischer leitete die Innenverwaltung und Matern das Personalressort, ehe er kurz darauf die Landesgruppe Sachsen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aufbaute. Vier Männer bürgerlicher Herkunft mit Fachwissen und Erfahrung führten die Ämter für Versorgung, für Wirtschaft und für Finanzen sowie das Gesundheitsamt. Zwei von ihnen traten bald der KPD bei, drei weitere Ratsmitglieder gehörten bereits der KPD an. Innerhalb kürzester Frist besetzten die Kommunisten die wichtigsten Positionen mit eigenen Gefolgsleuten. Der in Sachsen für den Aufbau deutscher Verwaltungen zuständige NKWD-General Pawel Jakowlewitsch Meschik informierte am 19. Mai 1945 persönlich den sowjetischen Diktator Stalin über diese Entscheidungen und unterstrich damit die Bedeutung der politischen Entwicklung in Dresden.¹²

¹⁰ Vgl. Gerald Hacke, Gedenkort an die sowjetische Besatzungszeit und die SED-Diktatur. In: Dresdner Hefte, 115 (2013), S. 52-62.

¹¹ Vgl. Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945-1949. Berlin 1997, S. 21.

¹² Donth, Stefan: Die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht bei der Errichtung des kommunistischen Machtapparats in Sachsen von 1945 bis 1952. In: Schmeitzner, Vollnhals, Weil, Von Stalingrad zur SBZ, S. 223-238, hier 231.

Weil die Kommunisten auf den alten Verwaltungsapparat zurückgriffen, benötigte die Säuberung trotz ihrer Dominanz Zeit. Folglich begleiteten Kontinuitäten den Transformationsprozess. Am 30. Mai 1945 erließ der Dresdner Rat die ersten Entnazifizierungsrichtlinien, zu dem Zeitpunkt arbeiteten etwa 5.000 Mitglieder der ehemaligen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in der Stadtverwaltung. Um sie auszuwechseln, fehlte Fachpersonal. Die hauptsächlich in Dresdner Betrieben nach politischen Kriterien angeworbenen Arbeiter ohne Fachausbildung ersetzten zunächst 1.500 städtische Angestellte. Besatzungsbehörden und KPD-Führung drängten auf die vollständige Entfernung aller NSDAP-Mitglieder. Deren Mehrheit wurde bis zum Jahresende entlassen. Der Personalaustausch wirkte sich zweifelsohne ungünstig aus auf die Erfüllung der vorrangigen Aufgabe der Verwaltung, die Versorgung der Bevölkerung.

Mit dem Instrument der Entnazifizierung formte die KPD-Führung bis Ende 1945 die Stadtverwaltung um in einen Machtapparat zur Durchsetzung ihrer Politik, indem sie Personen in die Entnazifizierung einbezog, die sich nicht durch Nähe zum nationalsozialistischen Regime kompromittiert hatten. Angedrohte Entlassungen, verbunden mit Repressionen gegen politisch Andersdenkende, sollten loyales Verhalten bewirken.

Dem gleichen Muster folgte der Aufbau der Landesverwaltung, wobei die Entwürfe zur Verteilung und Besetzung der Ressorts im Juni 1945 auf eine Zerschlagung des alten und die Bildung eines neuen Verwaltungsapparates zielten. Am 4. Juli 1945 bestätigte die SMAD das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen (LVS), das am 9. Juli zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Inzwischen war in der SBZ früher als in den anderen Besatzungszonen begonnen worden, Parteien zu gründen, und neben der KPD entstanden die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich-Demokratische Union (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei (LDP). Eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung der Parteien beinhaltete allerdings ihre Einwilligung in die Zusammenarbeit im paritätisch besetzten "Blockausschuss der antifaschistisch-demokratischen Parteien Land Sachsen". Die Absprachen im Blockausschuss dienten dazu, das Entstehen jeglicher Opposition zu verhindern und die Kooperationsbereitschaft aller Parteien mit der KPD zu erzwingen.¹³

Die sowjetische Seite widmete sich vorrangig dem Aufbau von Zentralverwaltungen mit Zuständigkeit für die gesamte SBZ und hatte für Landesverwaltungen nur unzureichende oder überhaupt keine Planungen. Das erklärt, dass sich die Struktur der LVS im Vergleich zur Stadtverwaltung häufig änderte. Strukturelle Umformungen wiederum dienten nicht allein sachlichen Erfordernissen wie der Angleichung an die Zentralverwaltungen, sondern zugleich dem Ausbau der kommunistischen Herrschaftspositionen. Da an der Besetzung der Ressorts

¹³ Vgl. Schmeitzner, Mike; Donth, Stefan: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952. Köln 2002.

in den Verwaltungen alle Parteien beteiligt wurden, bemühte sich die KPD stets darum, den Einfluss von SPD, CDU und LDP zu begrenzen und zurückzudrängen.

Präsident der ersten Landesverwaltung wurde Rudolf Friedrichs, 1. Vizepräsident und Stellvertreter Kurt Fischer. Er stand dem Doppelressort Inneres und Volksbildung vor. Der Vizepräsident für Ernährung und Landwirtschaft, Wilhelm Lenard, war zunächst parteilos und trat später der LDP bei. Wie er gehörte Reinhard Uhle, Vizepräsident für Justiz und Gesundheitswesen, der LDP an, Gerhard Rohner, Vizepräsident für Finanzen und Steuern, der CDU, sowie Richard Woldt, Vizepräsident für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, der SPD. Die Besetzung der Spitzenfunktionen in der ersten LVS imaginiert eine paritätische Balance, die es in der Realität nicht gab. Dem Innenressort Fischers unterstanden mit der Personalabteilung der LVS und der Kontrolle über die Polizei die zwei maßgeblichen Herrschaftsinstrumente. Das Resultat kommunistischer Personalpolitik in der LVS führte zu folgendem Ergebnis: Ende 1945 waren von den etwa 2 100 Mitarbeitern 465 Mitglieder der KPD, 361 der SPD, hingegen nur 65 Mitglieder der LDP und 39 der CDU; weiterhin besaßen 8 000 der etwa 12 000 sächsischen Polizisten das Parteibuch der KPD.¹⁴

Das eigenmächtige und gezielte Eingreifen Kurt Fischers bei politisch begründeten Entlassungen hat Thomas Rudert am Beispiel der Entfernung von Wissenschaftlern aus den Museen der staatlichen Sammlungen nachgezeichnet. Fragen der Vergleichbarkeit dieser Vorgänge um die Eröffnung des Pillnitzer Zentralmuseums im Juli 1946¹⁵ mit der Entnazifizierungspraxis der anderen, wie diese und die Dresdner Kunstakademie dem Fischer-Ressort Volksbildung nachgeordneten Institutionen, können nur in einer Detailstudie beantwortet werden. Festzuhalten ist, dass in zahlreichen Fällen auf Argumente der Entnazifizierung verzichtet wurde. Nichtsdestoweniger war etwa der Zwangspensionierung Georg Bierbaums, Direktor des Landesmuseums für Vorgeschichte, Anfang 1949 ebenfalls politisch motiviert.¹⁶

Indem der Personalaustausch politischen Kriterien unterlag, offenbarte die verordnete Entnazifizierung in der SBZ ihren zweifachen Zweck, die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und die Durchsetzung des kommunistischen Herrschaftsanspruchs.¹⁷ In welchem Umfang diesem Prozess verwaltungstechnischer Sachverstand zum Opfer fiel und

¹⁴ Vgl. Thüsing, Landesverwaltung.

¹⁵ Vgl. Rudert, Thomas: Museale Praxis zwischen Besatzungsmacht und kulturellem Anspruch. Die Eröffnung des Pillnitzer Zentralmuseums des Landes Sachsen am 6. Juli 1946. In: Jahrbuch der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Berichte, Beiträge 2010, Band 36 [Redaktionsschluss Februar 2012], S. 193-203.

¹⁶ Widera, Thomas: Wissenschaft oder Mission? Die Aufbauarbeit des sächsischen Landesmuseums und des Landesamtes für Vorgeschichte im kulturpolitischen Umfeld der Nachkriegszeit. In: Umbruch 1945? Die prähistorische Archäologie in ihrem politischen und wissenschaftlichen Kontext. Workshop vom 24. bis 26. September 2009 (Arbeits- und Forschungsberichte zur Sächsischen Bodendenkmalpflege, Beiheft 23. Hg. von Regina Smolnik). Dresden 2012, S. 114-127.

¹⁷ Vgl. Vollnhals, Clemens: Die Entnazifizierung als Instrument kommunistischer Machtpolitik. In: Schmeitzner, Vollnhals, Weil, Von Stalingrad zur SBZ, S. 293-328.

wie der personelle Verlust zur Verstärkung von Versorgungskrisen beigetragen hat, derzeit muss offen bleiben.

3. Kontinuitäten der Identifizierung

In der Erinnerung heutiger Einwohner Dresdens an den Zweiten Weltkrieg haben die militärischen Operationen von 1945, die Eskalation der Gewalt in den letzten Kriegstagen und die Endphasenverbrechen keinen eigenen Ort.¹⁸ Gleiches trifft zu auf das Schicksal Tausender Menschen, die von Dresdner Nationalsozialisten ausgebeutet, verfolgt, misshandelt und ermordet wurden: Der historische Platz für das Kriegsende am 8. Mai befindet sich jetzt an der Peripherie. Die Rote Armee musste in Dresden nicht wie andernorts erbitterten Widerstand überwinden.¹⁹ Die Einnahme erfolgte nahezu kampflös, die Truppen umgingen das Stadtzentrum und überquerten die Elbe in Loschwitz.

Unbestritten beherrscht das Datum 13./14. Februar in Dresden die Erinnerung. Vergraben unter einer Deckschicht egoistischer Identifizierung ist das Hauptdrama jener Wochen, Monate und Jahre: die Mobilisierung einer unglaublich großen Masse von Menschen auf der Flucht vor Not und Tod, die Entwurzelung von Millionen jedweder Nationalität, die von Ost nach West, von Süd nach Nord und in umgekehrten Richtungen auch Dresden passierten. Gleich diesen Millionen suchten die vor den Auswirkungen der Zerstörung geflohenen Dresdner wie die Zurückgebliebenen nach einer Behausung für einen Neuanfang. 40 Prozent der Wohnungen in Dresden waren nicht mehr vorhanden oder nicht bewohnbar, in Zahlen fehlten 90.000 Wohnungen, um 35 Prozent stieg die Belegungsdichte pro Wohnung. Eklatanter Baustoffmangel, insbesondere an Fensterglas und Dachsteinen, verhinderte oft die notdürftigsten Reparaturen.²⁰ Neben der Sorge um das tägliche Brot beanspruchte die Suche nach einer dauerhaften Unterkunft die soziale Energie vieler Menschen.²¹

Jeder konnte sich in der Rolle eines Opfers sehen,²² doch der von der nationalsozialistischen Propaganda angestoßene Identifikationsprozess²³ reichte weit über seinen anfänglichen Beweggrund der Bombardierung Dresdens hinaus. Geschuldet ist er Wirkungsmacht von Bildern. Professionelle Fotografen, denen eine "authentische Dokumentation dieser Zeit"

¹⁸ Vgl. Keller, Sven: Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45. München 2013.

¹⁹ Vgl. Zeidler, Manfred: Endkampf um Sachsen. Die militärischen Operationen auf dem Territorium des Freistaats im April und Mai 1945. In: Schmeitzner, Vollnhals, Weil, Von Stalingrad zur SBZ, S. 175-186.

²⁰ Conert, Herbert: Gedanken über den Wiederaufbau Dresdens. Vortrag am 22.11.1945, Sonderdruck, Dresden 1947, S. 8 ff.

²¹ Widera, Thomas: Soziale Ressourcen? Wohnungsnot und Schwarzmarkt in Dresden 1942 bis 1948. In: Schmeitzner, Vollnhals, Weil, Von Stalingrad zur SBZ, S. 385-405, hier 404.

²² Vgl. Jureit, Ulrike; Schneider, Christian: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung. Stuttgart 2010.

²³ Vgl. Neutzner, Matthias: Vom Alltäglichen zum Exemplarischen. Dresden als Chiffre für den Luftkrieg der Alliierten. In: Reinhard, Oliver; Neutzner, Matthias; Hesse, Wolfgang (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005, S. 110-127.

zugeschrieben wird, trugen durch die Auswahl der Erinnerungsmotive zum Opferstatus der Überlebenden bei. Die Trümmerstillleben deutscher Städte zeigen vorwiegend Ansichten unkenntlicher Schutthaufen, teilweise berühmter Bauten, die bis in die Gegenwart als Anklage gelesen werden.²⁴ Auch die Ruinen-Ikonographie der bildenden Künstler in Dresden thematisierte keine individuellen Verstrickungen in das Regime. Indem sie in der Zerstörung die Hinterlassenschaft des Krieges dokumentierten, erhöhten sie die Fragmente der Realität zu Bezugsorten der Trauer und moralischer Entrüstung. Das entsprach der primären Verlusterfahrung der Betrachter, die sich mit Hilfe der Bilder vom Nationalsozialismus distanzieren und die Schuld an Entbehrung und Not den führenden NS-Funktionären zuschreiben wollten.

4. Die profane Entnazifizierung im Bilderstreit

Die profan-politische "Entnazifizierung" hatte bereits mit dem Vormarsch der Alliierten begonnen. Parteiabzeichen und Orden waren in Abfallgruben und in der Kanalisation verschwunden, verbrannt die Bilder führender Nationalsozialisten, Bücher mit ihrer Ideologie, Akten mit den Nachweisen der Verbrechen und andere Insignien der Anhängerschaft von Verbrechern, Mittätern und Mitläufern. So glaubten viele Deutsche, sich ihrer Vergangenheit entledigen und vom Nationalsozialismus trennen zu können. Sie beteiligten sich am Abriss öffentlicher Denkmäler, an der Umbenennung von Straßen und Plätzen, an der Entfernung von Sinnsprüchen und Ornamenten, an der Auslieferung und Denunzierung angeblich oder tatsächlich aktiver Nationalsozialisten und Nutznießer des Regimes. Die willige Bereitschaft²⁵ sollte nicht nur symbolisch auf das Ende der NS-Herrschaft verweisen, sondern die innere Abwendung der Menschen belegen.

Sie halfen mit bei der Errichtung neuer Sinnbilder und Herrschaftszeichen,²⁶ um den Nachweis der politischen Läuterung zu erbringen,²⁷ auch der ehemalige Lehrer an der Dresdner Kunstakademie Otto Rost. Vertreter der Besatzungsmacht enthüllten am 25. November 1945 in Dresden sein Denkmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten,

²⁴ Jäger, Jens: Fotografie – Erinnerung – Identität. Die Trümmeraufnahmen aus deutschen Städten 1945. In: Hillmann, Jörg; Zimmermann, John (Hg.): Kriegsende 1945 in Deutschland, München 2002, S. 287-300, hier 293.

²⁵ Vgl. Thonfeld, Christoph: "Die Grenze erkennen ... ist Sache des politischen Instinkts". Anzeige und Denunziation in der Sowjetischen Besatzungszone am Beispiel Thüringens. In: Denunziation im 20. Jahrhundert. Zwischen Komparatistik und Interdisziplinarität. Hg. von Inge Marszolek und Olaf Stieglitz, Historical Sozial Research Nr. 2/3. Sonderheft, Jg. 26 (2001), S. 86-101.

²⁶ SED-Bezirksleitung Dresden, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.), Die Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung im Bezirk Dresden, Dresden 1970; SED-Bezirksleitung Dresden (Hg.), Erinnerungsstätten der revolutionären Arbeiterbewegung im Bezirk Dresden, Dresden 1988.

²⁷ Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. Frankfurt a.M. 1999, S. 31.

wenige Tage nach dem am 11. November im Berliner Tiergarten eingeweihten Sowjetischen Ehrenmal. Beiden gemeinsam sind die extrem kurze Planungs- und Bauzeit, der Monumentalstil und die Besetzung eines zentralen Ortes in der eroberten Stadt. Anders aber als das von sowjetischen Bildhauern und Architekten für Berlin entworfene Ehrenmal schuf das Dresdner Denkmal ein bekennender Nationalsozialist. Fraglich, ob das Zustandekommen dieser Entscheidung jemals zu rekonstruieren sein wird.

Rost war kein unbekannter Bildhauer, freilich, glaubt man dem Urteil eines Berufskollegen, von mittelmäßiger künstlerischer Begabung. Ob dessen Verdikt, dass Rosts "Tüchtigkeit und Anpassungsfähigkeit im Sinne seiner Plastiken [...] der Kunst nicht zu wünschen" seien, eine ordentliche Berufung Rosts an die Akademie verhindert hatte, ist nicht belegt. Die nachgewiesene Unterstützung namhafter Nationalsozialisten ermöglichte jedenfalls nicht die Verwirklichung des Wunsches. Er hatte sich den Nationalsozialisten mit seinen Werken angedient, und mit Aufträgen für die NSDAP und führende Parteigenossen sehr gut verdient. Verschiedene Arbeiten Rosts wie eine Hitlerbüste und das 1953 entstandene Karl-Marx-Denkmal sind verschollen.²⁸ Sein naturalistischer Stil kam offenkundig dem Kunstverständnis der Nationalsozialisten, vieler Zeitgenossen und dem der sowjetischen Offiziere entgegen. Das Problem, dass mit der Vergabe des Auftrags an einen NS-Karrieristen die beabsichtigte Ehrung der gefallenen Soldaten jede Glaubwürdigkeit verlor, ja sich in eine Beleidigung der Toten verkehrte, stellte sich nicht.

Unter den Überlebenden der Verfolgung war das Verlangen nach Bestrafung ihrer Peiniger zweifelsohne groß, dagegen gering unter den Anhängern und Nutznießern der NS-Diktatur. Stellvertretend brach in der bildenden Kunst die Radikalität des Wunsches nach Abrechnung und Erneuerung durch, die Auseinandersetzung um die Gesellschaftsordnung im Medium des Kunststreites: in Ausstellungen wie der am 11. November 1945 eröffneten unter dem Titel „Der Ruf. Befreite Kunst“ in der Galerie und Kunsthandlung Gerhardt Naumann, in der Bildung von Künstler-Gruppen wie „Der Ruf“ oder „Das Ufer – Gruppe 1947 Dresdner Künstler“, in zahlreichen Initiativen, die im Unterschied zu den verordneten Demonstrationen öffentlicher Institutionen und politischer Organisationen individuellen Antrieben entsprangen. Zielten die von Hans Grundig als "das ist unser allgemeiner Feind" verpönten Bildinhalte auf qualitativ neue Feindsetzungen, auf die neuerlich wiederkehrende Ausgrenzung Andersdenkender? Der Brief an Lea Grundig im September 1946, in dem er die Namen Klee, Kandinsky und Kokoschka nannte, liest sich heute als beunruhigender Indikator einer dogmatischen Intoleranz.²⁹

²⁸ Knüppel, Ernst-Günter: Otto Rost. Leben und Werk 1887-1970. Sächsischer Bildhauer in Dresden und Döbeln. Gaimersheim 2006, S. 54 ff.

²⁹ Hans Grundig an Lea Grundig, 29.9.1946, in: Künstlerbriefe aus den Jahren 1926 bis 1957, Rudolstadt 1966, S. 105. Zitiert nach Katalog: Das Ufer – Gruppe 1947 Dresdner Künstler. Malerei, Grafik, Plastik 1947-52. Ausstellung im Pretiosensaal Dresdner Schloss vom 12.9. bis 14.10.1984. Büro für Bildende Kunst des Rates des Bezirkes Dresden, Dresden 1984, S. 2. Vgl. Heinisch, Christian: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir

Fazit

Einsicht in die eigene Rolle bei der Funktionsfähigkeit der NS-Herrschaft bis in die letzten Tage des Krieges – gleich, ob als Täter, begeisterter Anhänger, Zuschauer und "Mitläufer" – gab es wenig.³⁰ Gleich Rost verhielten sich Millionen Deutsche opportunistisch. Rost gehörte zu den Privilegierten, die sich nicht einmal umorientieren mussten: Er fand Entlastung in weiteren Ehrenmalen zum Gedenken an tote sowjetische Soldaten. Zwischen Werk und politischer Haltung unterschieden, wurde seine Kunst als ideologisch unverdächtig eingestuft. So wohlfeile Identifikationsangebote offerierte freilich die Besatzungsmacht nicht jedem, Rost setzte mit ihrer Billigung sein Schaffen als vermeintlich unpolitischer Künstler fort. Lässt sich angesichts der Widersprüche des Befundes von einem gesellschaftspolitischen Umbruch sprechen?

Ablesbar an Verfügungen und Maßnahmen besaß die Eliminierung des Nationalsozialismus für die sowjetische Politik und für die Offiziere der Besatzungsmacht oberste Priorität. Deutlich treten in der historischen Rückschau Brüche und Kontinuitäten hervor. Langfristig begann 1945 ein gravierender politischer Umbruch, der die deutsche Gesellschaft veränderte; gleichwohl wandten sich Menschen zunächst oft nur äußerlich vom Nationalsozialismus ab. Ferner verweist die Umwidmung des Entwurfs für ein nationalsozialistisches Kriegerdenkmal in ein sowjetisches Ehrenmal auf die gegenläufige Ambivalenz pragmatischer Entscheidungen und prinzipieller Absichten – ein allgemeines Merkmal von politischen Umbrüchen. In der SBZ dominierte bald eine Integrationspolitik, um die Bevölkerung mit antifaschistischem Pathos für den Sozialismus zu gewinnen. Es entstand erneut eine Diktatur, wobei die empirische Evidenz grundlegender Entwicklungstrends eine Skepsis hinsichtlich der Interventionen und Absichten politischer Akteure nahe legt. Diese sollten in ihrer Reichweite nicht überschätzt werden. In dieser historischen Perspektive war die jeweils verschiedene Nachkriegspolitik der Siegermächte ungeachtet der gravierenden Folgen für die davon betroffenen Menschen lediglich ein kräftiger Impuls.

müssen alles in der Hand haben“. Zur Diskussion des Machtbegriffs am Beispiel der Allgemeinen Deutschen Kunstausstellung in Dresden 1946. In: Brodacz, André; Mayer, Christoph Oliver; Pfeilschifter, Rene; Weber, Beatrix (Hg.): Institutionelle Macht. Genese - Verstetigung – Verlust. Köln 2005, S. 121-137.

³⁰ Vgl. Vollnhals, Clemens: Ernüchterung, Pragmatismus, Indifferenz. Die deutsche Gesellschaft nach der "Katastrophe". In: Vergleich als Herausforderung. Festschrift für Günther Heydemann zum 65. Geburtstag. Hg. von Andreas Kötzing, Francesca Weil, Mike Schmeitzner und Jan Erik Schulte, Göttingen 2015, S. 139-158.